Landeshauptstadt Hannover -GB OB- Datum 02.12.2019

Einladung

zur 21. Sitzung des Ausschusses für Angelegenheiten des Geschäftsbereiches des Oberbürgermeisters am Donnerstag, 12. Dezember 2019, 15.00 Uhr, Rathaus, Hodlersaal

Tagesordnung:

- I. ÖFFENTLICHER TEIL
- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung
- 2. Einwohner*innenfragestunde
- 3. Genehmigung des Protokolls über die 20. Sitzung des Ausschusses für Angelegenheiten des Geschäftsbereiches des Oberbürgermeisters am 21.11.19
- 4. Antrag der Fraktion Die FRAKTION: Schützenplatz: wirtschaftlicher wirtschaften auslasten, nicht ausladen (Drucks. Nr. 3097/2019)
- 5. Abschluss eines neuen Feuersammelversicherungsvertrages (Drucks. Nr. 3116/2019)
- 6. Bericht der Verwaltung
- 7. Aktuelles

Onay

Oberbürgermeister

Landeshauptstadt Hannover -GB OB-

Datum 15.12.2019

PROTOKOLL

21. Sitzung des Ausschusses für Angelegenheiten des Geschäftsbereiches des Oberbürgermeisters am Donnerstag, 12. Dezember 2019, Rathaus, Hodlersaal

Beginn 15.00 Uhr Ende 15.55 Uhr

Anwesend:

(verhindert waren)

Ratsherr Spiegelhauer (SPD)
(Beigeordneter Hauptstein) (AfD)
(Ratsherr Emmelmann) (CDU)
Ratsherr Engelke (FDP)

Ratsherr Förste (Die FRAKTION) in Vertr. für

Ratsherrn Klippert

Ratsherr Dr. Gardemin (Bündnis 90/Die Grünen)

Ratsherr Gill (SPD)
Beigeordnete Kastning (SPD)
Ratsherr Klapproth (CDLI)

Ratsherr Klapproth (CDU) in Vertr. für

Ratsherrn Emmelmann

Bürgermeisterin Kramarek (Bündnis 90/Die Grünen)
Beigeordneter Machentanz (LINKE & PIRATEN)

Beigeordneter Seidel (CDU) Beigeordnete Seitz (CDU)

Grundmandat:

(Ratsherr Klippert) (Die FRAKTION)

(Ratsherr Wruck) (DIE HANNOVERANER)

Verwaltung:

Frau Tegtmeyer-Dette Erste Stadträtin

Herr Held OE 15.1 Herr Krüger OE 15.2 Frau Kalmus OE 15.3 OE 15.5 Herr Sonnenberg Herr Jäger FB 30 Frau Schüffler OE 30.1 FB 46 Herr Clark **GB OB** Frau Hager

Tagesordnung:

- I. ÖFFENTLICHER TEIL
- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung
- 2. Einwohner*innenfragestunde
- 3. Genehmigung des Protokolls über die 20. Sitzung des Ausschusses für Angelegenheiten des Geschäftsbereiches des Oberbürgermeisters am 21.11.19
- 4. Antrag der Fraktion Die FRAKTION: Schützenplatz: wirtschaftlicher wirtschaften auslasten, nicht ausladen (Drucks. Nr. 3097/2019)
- 5. Abschluss eines neuen Feuersammelversicherungsvertrages (Drucks. Nr. 3116/2019)
- 6. Bericht der Verwaltung
- 7. Aktuelles
- II. NICHTÖFFENTLICHER TEIL
- 8. Genehmigung des Protokolls über die 20. Sitzung des Ausschusses für Angelegenheiten des Geschäftsbereiches des Oberbürgermeisters am 21.11.19 –Nichtöffentlicher Teil-

I. ÖFFENTLICHER TEIL

TOP 1.

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung

Ratsherr Spiegelhauer eröffnet die Sitzung, stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie Beschlussfähigkeit fest und weist auf die Hinweise zu Film- und Tonaufnahmen während öffentlicher Sitzungen hin. Die Tagesordnung wird festgestellt.

TOP 2.

Einwohner*innenfragestunde

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

TOP 3.

Genehmigung des Protokolls über die 20. Sitzung des Ausschusses für Angelegenheiten des Geschäftsbereiches des Oberbürgermeisters am 21.11.19 Ratsherr Spiegelhauer lässt über das Protokoll abstimmen.

Das Protokoll wird bei einer Enthaltung genehmigt.

TOP 4.

Antrag der Fraktion Die FRAKTION: Schützenplatz: wirtschaftlicher wirtschaften – auslasten, nicht ausladen

(Drucks. Nr. 3097/2019)

Ratsherr Förste bringt den Antrag ein.

Ratsherr Engelke entgegnet, dass der Schützenplatz bereits sehr intensiv genutzt werde. Gegebenenfalls könne die Verwaltung noch zur Sachaufklärung beitragen. Den Antrag werde er ablehnen.

Beigeordnete Kastning merkt an, dass der Schützenplatz positiv bewirtschaftet werde. Über das gesamte Jahr hinweg werde er regelmäßig und vielfältig genutzt. Dem Antrag könne man nicht zustimmen.

Frau Erste Stadträtin Tegtmeyer-Dette führt aus, dass es sich bei dem Schützenplatz um eine privatrechtliche Fläche der Stadt Hannover handle, die dem Fachbereich Wirtschaft zugeordnet und lediglich zur Durchführung von drei Volksfesten im Jahr förmlich gewidmet sei. Während der drei Volksfeste (Frühjahrs-, Schützen- und Oktoberfest) sei der Schützenplatz komplett an die jeweiligen Veranstalter*innen vermietet. Der Mietzeitraum umfasse auch die Auf- und Abbauphasen. Damit sei der Platz bereits 1/3 des Jahres komplett belegt. In den Zeiten zwischen den Volksfesten werde die Fläche für gemischte Angebote genutzt. Während des Maschseefestes werde der Platz vollständig zu Parkzwecken benötigt und genutzt. Auch bei der Wochenendveranstaltung eines Autokinos werde der gesamte Platz benötigt. In der Regel würden im März und im November auf Teilflächen des Schützenplatzes Gastspiele von Puppentheatern oder ähnliche Veranstaltungen für Kinder stattfinden. Außerdem gebe es grundsätzlich zwei feste Zirkusgastspiele jährlich, eins im Frühjahr und den Weihnachtszirkus im Dezember, der im Rahmen eines Interessenbekundungsverfahrens für drei Jahre (2019 – 2021) vergeben worden sei.

Zeitgleich zum Weihnachtszirkus im Dezember würden auf dem Schützenplatz u.a. Weihnachtsbäume angeboten. Weitere Veranstaltungen im Laufe des Jahres seien nach derzeitigem Planungsstand das Street Food Festival, die Street Mag Show und der B2Run. Der Platz werde außerdem als Parkfläche für die Konzerte und Sportveranstaltungen in der HDI Arena und in Teilen auch für Veranstaltungen in der Swiss Life Hall benötigt. In Planung sei außerdem die Nutzung des Platzes zum Radsportfestival, für einen "Megamarsch" und an drei Terminen im Jahr für einen Sonntags-Flohmarkt. Bei der Veranstaltungsplanung stehe der Fachbereich Wirtschaft im engen und permanenten Austausch mit dem städtischen Eventmanagement, um die Nutzung des Schützenplatzes abzustimmen.

Der Schützenplatz werde jährlich für zwei Großzirkusveranstaltungen zur Verfügung gestellt. Da die Planung der Schützenplatznutzungen mehrere Jahre umfasse, konnte für den Herbst 2020 der Schützenplatz dem interessierten Zirkus Flic Flac nicht angeboten werden, der sich an dem Vergabeverfahren zur Durchführung eines Weihnachtszirkus nicht beteiligte.

Ratsherr Förste merkt an, von der Verwaltung habe man die Auskunft erhalten, dass drei Zirkusse zu viel seien.

Ratsherr Engelke sagt, die Platznutzung werde ein Jahr im Voraus geplant. Dann müsse rechtzeitig ein Antrag gestellt werden.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Ratsherr Spiegelhauer lässt über den Antrag abstimmen.

Dieser wird mit 1 Stimme dafür, 9 Stimmen dagegen und 0 Enthaltung abgelehnt.

Antrag

Der Schützenplatz wird entgegen der bisher üblichen Praxis möglichst ununterbrochen an Veranstalter*innen von Kultur- und Unterhaltungsangeboten vermietet und somit ganzjährig mit Veranstaltungen bespielt.

Die Festlegung der Kriterien für zugelassene Veranstaltungen erfolgt zukünftig nicht nur geschlossen vom Fachbereich Wirtschaft, sondern in Zusammenarbeit mit dem Eventmanagement und dem Fachbereich Kultur, mit dem Ziel eines vielfältigen Veranstaltungsangebots.

Finden sich für unbelegte Zeiträume keine interessierten Veranstalter*innen, so sind freie Platzkapazitäten zu vergünstigten Mietpreisen lokalen und regionalen gemeinnützigen Veranstaltern anzubieten.

1 Stimme dafür, 9 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 5.

Abschluss eines neuen Feuersammelversicherungsvertrages (Drucks. Nr. 3116/2019)

Ratsherr Gill und Ratsherr Engelke fragen, woran die Erhöhung des Jahresbeitrages liege.

Frau Schüffler antwortet, dass eine Versicherungsberatung eingeschaltet worden sei. Aktuell sei es schwierig, langfristige Verträge abzuschließen, sodass man das vorliegende Angebot mit einer Laufzeit von zwei Jahren vorschlage. Die Schadenquote der Stadt sei nicht sehr interessant für Versicherungen.

Ratsherr Klapproth bittet um eine ausführlichere Begründung für die Erhöhung, da diese der Drucksache nicht zu entnehmen sei.

Herr Jäger entgegnet, dass das Bedingungsgewerk auftragsgeberseitig gestellt worden sei. Die Kosten einer Auslagerung übernehme jetzt die Versicherung. Zudem sei der gesamte Bestand des Sprengel Museums mit eingefasst. Der Vertrag sei zum ersten Mal europaweit ausgeschrieben worden. Der Versicherungsmarkt sei aktuell sehr ungünstig.

Beigeordnete Kastning merkt die kurze Drucksache ebenfalls kritisch an und fragt, wann die zwei Jahre Laufzeit beginnen würden.

Herr Jäger sagt, die Kritik werde aufgenommen. Die Laufzeit sei vom 01.01.2020 - 31.12.2021.

Ratsherr Engelke fragt, wie viele Versicherungen unter die Bietergemeinschaft fielen und wie das Land in diesem Fall beim Sprengel Museum einbezogen sei.

Herr Jäger antwortet, dass die Kosten der Versicherung auf die einzelnen Nutzer*innen umgelegt würden. Bezüglich der Bietergemeinschaft erläutert er, dass acht Versicherung daran beteiligt seien, die eine gewisse Schadenquote übernehmen würden.

Beigeordnete Seitz fragt, warum die Laufzeit jetzt nur zwei Jahre sei, wenn die letzte Ausschreibung 2005 gewesen sei. Weiter fragt sie, ob die Kunstwerke des Sprengel Museums mit versichert seien. Ihres Wissen seien diese bisher noch nicht bewertet worden. Zudem fragt sie, ob die Versicherungsgegenstände dokumentiert und aufgelistet würden.

Herr Jäger merkt an, dass die Laufzeit aufgrund der negativen Marktumstände so kurz sei. **Frau Schüffler** erläutert, dass bei der Berechnung für das Sprengel Museum der Wert des Brandabschnittes mit höchster Gefahr zugrundegelegt worden sei. Zudem erläutert sie, dass die Versicherungsgegenstände in einer Bilanz aufgelistet würden.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Ratsherr Spiegelhauer lässt über die Drucksache abstimmen.

Diese wird einstimmig genehmigt.

Antrag,

dem Angebot der Bietergemeinschaft VGH Landschaftliche Brandkasse Hannover über den

Abschluss einer Feuersammelversicherung für städtische Gebäude, Betriebseinrichtungen, Vorräte, Kunst- und Kulturgut sowie den mit einem Sachschaden im Zusammenhang stehenden Kosten bei einer Jahresprämie i.H.v. 1.392.921,87 € brutto und einer Laufzeit von zwei Jahren den Zuschlag zu erteilen.

Einstimmig

TOP 6.

Bericht der Verwaltung

Frau Erste Stadträtin Tegtmeyer-Dette berichtet, dass die Sitzungstermine des OB-Ausschusses für 2020 wie gehabt am 2. oder 3. Donnerstag ab 13:30 Uhr vorgesehen seien. In den Ferien seien voraussichtlich keine Sitzungen geplant.

Es wurde berichtet.

TOP 7.

Aktuelles

Ratsherr Engelke fragt nach dem Sachstand des Schmetterlingshauses und des Seminarraumes in Herrenhausen.

Herr Clark berichtet, dass das Berggartenhaus zum Teil bereits abgerissen sei. Die Restabrissarbeiten seien für Februar 2020 vorgesehen. Nach derzeitigem Stand sei die Fertigstellung für Anfang 2021 geplant. Bezüglich des Ausstellungshauses berichtet er, dass die Verwaltung nach der Sommerpause im nächsten Jahr mit einer Drucksache in die Gremien gehen wolle.

Beigeordneter Seidel fragt, warum zum Ihme-Zentrum im Bauausschuss berichtet werde und ob sich diesbezüglich an der Zuständigkeit des OB-Ausschusses etwas geändert habe. Zudem fragt er unter Bezugnahme auf die Frist bis zum 25.10., ob die Bauarbeiten im ehemaligen Maritim-Hotel begonnen hätten.

Frau Erste Stadträtin Tegtmeyer-Dette erläutert, dass im Bauausschuss zum Ihme-Zentrum berichtet worden sei, da es eine Nachfrage gegeben habe. Die Zuständigkeit der Ausschüsse habe sich nicht geändert. Im ehemaligen Maritim-Hotel sei mit den Bauarbeiten begonnen worden.

Beigeordneter Seidel fragt nach, ob das Aufstellen des Bauzaunes bereits den Beginn von Bauarbeiten darstelle.

Frau Erste Stadträtin Tegtmeyer-Dette sagt, für die Vertragserfüllung sei relevant, ob tatsächliche Aktivitäten erkennbar seien. Dies sei hier der Fall.

Herr Jäger ergänzt, dass die Baustelle in Anwesenheit von Mitarbeiter*innen des Fachbereiches Wirtschaft eröffnet worden sei. Der Baufortschritt werde regelmäßig überprüft.

Beigeordneter Machentanz fragt, ob der neue Oberbürgermeister den Investor des Ihme-Zentrums bereits kennengelernt habe.

Frau Erste Stadträtin Tegtmeyer-Dette sagt, dass noch kein persönliches Treffen stattgefunden habe.

Ratsherr Dr. Gardemin merkt an, dass die Bauzäune am Ihme-Zentrum wieder abgebaut worden seien und sagt, dass der Eindruck entstehe, dass beide vorgenannten Immobilien nicht vorangebracht würden.

Herr Jäger erläutert, dass regelmäßig Treffen mit Verantwortlichen des Ihme-Zentrums stattfänden. Die Veränderung am Ihme-Zentrum liege daran, dass der Investor an einer anderen Stelle als bisher geplant mit dem Bau beginnen werde. Aktuell würden Planungsleistungen ausgeschrieben. Die Fertigstellung sei wie geplant angestrebt. Beigeordnete Kastning regt an, dass die Verwaltung im März 2020 zu den beiden Immobilien in den jeweils zuständigen Ausschüssen berichte.

Beigeordneter Machentanz fragt, ob die Beschäftigten bei Nichteinhaltung des Vertrages (Ihme-Zentrum) in der Joachimstraße bleiben können.

Frau Erste Stadträtin Tegtmeyer-Dette entgegnet, dass die Beschäftigten dauerhaft in die Joachimstraße umziehen würden.

Ratsherr Dr. Gardemin fragt, ob es Auswirkungen auf die gesamte Planung der Neugestaltung des Ihme-Zentrums, insbesondere der Eingänge, habe, wenn jetzt an einer anderen Stelle mit den Fassadenarbeiten begonnen werde.

Herr Jäger antwortet, dass aktuell nicht geplant sei, die Eingänge zu verändern.

Frau Erste Stadträtin Tegtmeyer-Dette sagt, dass zu gegebener Zeit im AWL zum Maritim und im AAGBOB zum Ihme-Zentrum berichtet werde.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

II. NICHTÖFFENTLICHER TEIL

TOP 8.

Genehmigung des Protokolls über die 20. Sitzung des Ausschusses für Angelegenheiten des Geschäftsbereiches des Oberbürgermeisters am 21.11.19 – Nichtöffentlicher Teil-

Ratsherr Spiegelhauer lässt über das Protokoll abstimmen.

Das Protokoll wird bei einer Enthaltung genehmigt.

Ratsherr Spiegelhauer schließt die Sitzung um 15:55 Uhr.

Der Oberbürgermeister In Vertretung Tegtmeyer-Dette Hager Protokoll



Hannover, den 25. November 2019

In den Ausschuss für Angelegenheiten des Geschäftsbereiches des Oberbürgermeisters, in den Kulturausschuss, in den Ausschuss für Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Liegenschaftsangelegenheiten, in den Verwaltungsausschuss, in die Ratsversammlung

Antrag gemäß § 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover

Schützenplatz: wirtschaftlicher wirtschaften – auslasten, nicht ausladen

Antrag zu beschließen:

Der Schützenplatz wird entgegen der bisher üblichen Praxis möglichst ununterbrochen an Veranstalter*innen von Kultur- und Unterhaltungsangeboten vermietet und somit ganzjährig mit Veranstaltungen bespielt.

Die Festlegung der Kriterien für zugelassene Veranstaltungen erfolgt zukünftig nicht nur geschlossen vom Fachbereich Wirtschaft, sondern in Zusammenarbeit mit dem Eventmanagement und dem Fachbereich Kultur, mit dem Ziel eines vielfältigen Veranstaltungsangebots.

Finden sich für unbelegte Zeiträume keine interessierten Veranstalter*innen, so sind freie Platzkapazitäten zu vergünstigten Mietpreisen lokalen und regionalen gemeinnützigen Veranstaltern anzubieten.

Begründung:

Der Schützenplatz ist mit seiner zentralen Lage und stattlichen Größe mit den wenigen üblichen Volksfesten und einigen weiteren Veranstaltungen gnadenlos unterfordert, anscheinend im Gegensatz zum Fachbereich Wirtschaft, der diesem oft brachliegenden Filetstück innerstädtischer Großflächen keine weitere Nutzung zumuten möchte.

Eine Entlastung des Fachbereichs Wirtschaft durch Hinzuziehen anderer Fachbereiche und umgekehrt eine möglichst ununterbrochene Auslastung des Schützenplatzes wertet sowohl die Stadtkasse als auch die kulturelle Vielfalt auf – unwirtschaftliche Nichtnutzung wird vermieden.

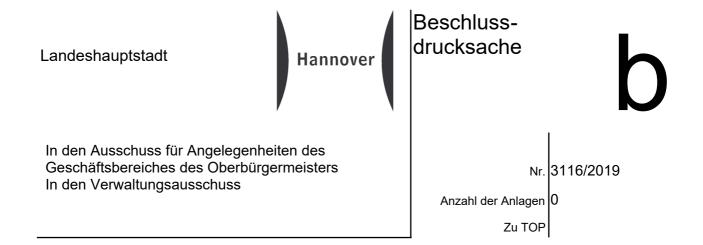
Die Nutzung als Parkplatz ist weiterhin durchgängig möglich, da es in der Regel nur notwendig ist, ein Achtel bis ein Viertel des Platzes an Veranstalter zu vermieten.

Beispielhaft für eine veranstaltungsunfreundliche Vermietungspraxis ist die jüngste Absage an den Zirkus Flic Flac, die auch mediale Aufmerksamkeit erlangte sowie die intransparenten Vergaben von Plätzen an Weihnachtszirkus und den Zirkus Roncalli – Ziel ist zukünftig eine einladende und flexiblere Platzvermietung.

Julian Klippert, Fraktionsvorsitzender

Die FRAKTION 0511 168-318 32

Wagenerstr. 9 A die.fraktion@hannover-rat.de
30169 Hannover www.diefraktion-hannover.de



Abschluss eines neuen Feuersammelversicherungsvertrages

Antrag,

dem Angebot der Bietergemeinschaft VGH Landschaftliche Brandkasse Hannover über den Abschluss einer Feuersammelversicherung für städtische Gebäude, Betriebseinrichtungen, Vorräte, Kunst- und Kulturgut sowie den mit einem Sachschaden im Zusammenhang stehenden Kosten bei einer Jahresprämie i.H.v. 1.392.921,87 € brutto und einer Laufzeit von zwei Jahren den Zuschlag zu erteilen.

Berücksichtigung von Gender-Aspekten

Gender-Aspekte sind nicht berührt

Kostentabelle

Der Jahresbeitrag für die Feuerversicherung erhöht sich um rund 12,6 % auf 1.392.921,87 € (brutto). Für die Gebäudeversicherung stehen im Haushalt Beträge unter der Kostenart 42419000 zur Verfügung. Der Mehraufwand für die Feuerversicherung wird von den Fachbereichen aus ihren Budgets gedeckt.

Begründung des Antrages

Die städtische Feuersammelversicherung mit einer Höchstentschädigung von 425.000.000 € war europaweit neu auszuschreiben. Es ging nur ein einziges Angebot der Bietergemeinschaft VGH Landschaftliche Brandkasse Hannover ein. Dem Versichererkonsortium gehören acht Versicherer an. Der Angebotspreis ist unter Berücksichtigung einer Steigerung von 12,6 % wirtschaftlich, zumal jetzt ein umfassenderes und besseres Bedingungswerk vorliegt. Aufgrund der hohen Höchstentschädigung war davon auszugehen, dass dieses kein europäischer Versicherer alleine trägt. Das Rechnungsprüfungsamt hat der Zuschlagserteilung bereits vergaberechtlich zugestimmt.

30 Hannover / 27.11.2019